Nummer 255 Halle, Donnerstag, den 30. Oktober 1924 59. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.35 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Dr. Beunhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung halleſaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei findet am 13. und 14. November in Dortmund statt, nicht am 16., wie zuerst angekündigt war.

*

Der Zentrumswahlaufruf wurde vom Parteitag einstimmig beschlossen. Er richtet sich gegen **eine Regierung des Bürgerblocks (!!).** Reichskanzler Marx wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Partei wiedergewählt.

*

Regierungspräsident Dr. Hagemeister in Minden ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

*

Die Untersuchung wegen des Frontbannes ist nunmehr auch auf General Ludendorff, Hauptmann Roehm und Hauptmann Weiß ausgedehnt worden.

*

Die Uebergabe der Regiezecken im Dortmunder Bezirk erfolgte heute Nacht ohne Formalitäten. Störungen sind nicht vorgekommen. Die früheren Direktoren, die bei der Besetzung ihren Posten niedergelegt hatten, haben den Dienst für die rechtmäßigen Eigentümer sofort wieder aufgenommen. Die Verwaltung hat in erster Linie die alten Belegschaften wieder eingestellt.

*

Am Mittwoch findet in England die Parlamentswahl statt, die über das Schicksal der Regierung Macdonald entscheidet.

*

Die Reparationskommission hat eine offizielle Sitzung abgehalten, in der sie die Mitteilungen der Regierungen Frankreichs und Belgiens zur Kenntnis nahm, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Deutschen Reichs, dem Londoner Protokoll entsprechend, wiederhergestellt ist.

*

Clementel hat Dienstag die offizielle Eröffnung der interalliierten Finanzkonferenz vorgenommen. Das erste Problem, das behandelt werden soll, ist die Verteilung der von Deutschland seit 1923 erhaltenen Summen. Aus einer Meldung aus Washington geht hervor, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Beobachter bei der Reparationskommission Logan als Vertreter auf dieser Konferenz ernannt hat.

*

Das amerikanische State Departement teilt mit, daß Oberst Logan beauftragt worden ist, an der interalliierten Finanzkonferenz teilzunehmen, um die Zahlung von 600 Millionen Dollar Kriegsschadenersatz von Deutschland aus dem Reparationskonto zu erlangen.

*

Der Landesrat des Saargebietes lehnte einmütig den Regierungsentwurf des Achtstundentages ab, da dieser sich als praktisch unmöglich erwiesen habe.

*

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen, nachdem die deutschen Anregungen auf Grund des unverbindlichen englischen Vertragsentwurfs in London günstige Aufnahme gefunden haben.

*

Mussolini hat an die faszistische Miliz, die heute auf den König vereidigt wurde, einen Aufruf erlassen, in dem er betont, daß er entschlossen sei, auch ohne die alten und neuen Parteien sein Wert der Versöhnung der Nation fortzusetzen. Es wäre besser, allein zu sein, als in ruchloser Gesellschaft. Die gesäuberte faszistische Partei müsse mobilisiert werden, um praktisch imstande zu sein, an der Seite der Regierung jede Herausforderung der Gegner abzuweisen.

*

Trotzki hat gestern den Kaukasus verlassen, um an die chinesische Grenze zu reisen und das Oberkommando der dort konzentrierten Streitkräfte zu übernehmen. Die dritte Internationale gibt bekannt, daß eine intensive Propaganda durch die Sowjets dazu beitragen könne, große Teile Chinas dem bolschewistischen Gedanken zuzuführen. 50 000 Mann der Kaukasus-Armee werden an die chinesische Grenze geschoben.

*

Die „Chicago Tribune" meldet aus Peking: Die Ereignisse in Peking sind als ein Sieg der japanischen Politik zu betrachten und es wird erwartet, daß zwischen Rußland und Japan ein Vertrag über die Abgrenzung ihrer gegenseitigen Einflußgebiete zustandekommen wird. Der Frieden, der den Bürgerkrieg in China beenden soll, scheint gegen die Westmächte gerichtet zu sein.

*

Die Amerikaner haben 100 Marinesoldaten zum Schutze ihrer Gesandtschaft in Peking beordert. Die rasche Entsendung wird mit der Erwartung einer neuen Schlacht bei Peking erklärt. Wu beabsichtigt gegen Peking vorzurücken und informierte das dortige diplomatische Corps von seiner Absicht mit dem Ersuchen, ihm freie Hand zu geben.

Der Wahlaufruf der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat folgenden Wahlaufruf erlassen:

Aus den Wahlen am 4. Mai ging die Deutschnationale Volkspartei als die stärkste Partei Deutschlands hervor. Nach demokratischem Prinzip, das unsere Gegner hoch und heilig preisen, hatte der Reichspräsident einen der unsrigen zur Bildung der neuen Regierung zu berufen. Das hat Herr Ebert nicht getan. Auch in der Zwischenzeit ist uns der gebührende und zugesicherte Anteil an der Regierung verweigert worden. Das geschah, weil zum Schiedsrichter über unser Recht vom Reichskanzler die kleine sterbende Partei der Demokraten erhoben wurde.

Die Folgen waren endlose Krisen, vollendete Hilf- und Ratlosigkeit, statt positiver Regierungsarbeit, **Auflösung und Neuwahlen, statt zielbewußter Maßnahmen gegen die bestehende Not und die drohende Teuerung.**

Jetzt gilt es, so stark zu werden, daß wir unseren Eintritt in die Regierung mit dem unserer Stärke und Bedeutung entsprechenden Einfluß erzwingen, jetzt naht der Großkampftag im Reich und in Preußen, der über Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gelb entscheidet.

Wir kämpfen für Schwarz-Weiß-Rot! Auch in diesem Kampf bleibt unsere Parole: Christlich-Völkisch-National-Sozial. Die Volksgemeinschaft wollen wir, die auf christlichem Boden aufbaut, den Klassenkampf verwirft und die Arbeiter vom Terror befreit.

Eine Volksgemeinschaft, die auf dies Fundament verzichtet, ist ein **Trugbild**, das irreführt und zerbricht.

Eine Teilung des Volkes in Besitzende und Besitzlose ist mit dem Grundgedanken jeder Volksgemeinschaft unvereinbar.

Wir erstreben eine Verfassung, die der deutschen Eigenart entspricht. Die beste Staatsform ist für das deutsche Volk die konstitutionelle Erbmonarchie. **Der Volkswille wird zu gegebener Zeit auf gesetzlichem Wege über die Staatsform entscheiden.**

Als nächstes Ziel erstreben wir Wiederherstellung eines gesunden Föderalismus und Beseitigung der Alleinherrschaft des Parlaments. **Der Volkswille darf nicht durch Schiebungen ausgeschaltet werden.**

Entgegen der Verfassung ist der **Reichspräsident noch immer nicht vom Volke gewählt.** Wir verlangen baldigste Anberaumung dieser Wahl.

Der **Versailler Frieden** mit seiner Versklavung des deutschen Volkes steht und fällt mit der Lüge von Deutschlands Kriegsschuld.. Sie niederzukämpfen, ist die Pflicht jeder Reichsregierung. Diese Pflicht wird nicht erfüllt, wenn ein Schritt getan und der nächste ängstlich vermieden wird. Das Verleugnen der großen deutschen Vergangenheit, das ängstliche Hinhorchen auf jedes Wort des Auslandes, das pazifistische Gewinsel inmitten einer waffenstarrenden Welt, das kritiklose Hindrängen auf den Völkerbund, das unermüdliche Anbiedern Unberufener mit unseren ehemaligen Feinden sind, wie mit der Würde, so auch mit den Zukunftsinteressen unseres Volkes unvereinbar.

Die **Dawesgesetze sind jetzt bindendes Recht.** Ihre Ausführung, die die Notwendigkeit einer Milderung unserer Lasten erweisen wird, verlangt wachsame, **mannhafte Vertretung des deutschen Standpunktes,** damit Reich und Volk nicht in wirtschaftliches Elend versinken und unsere tapferen Brüder und Schwestern **im besetzten Gebiet endlich wieder die Freiheit erlangen.**

Der Staat muß wieder ehrlich werden, seinen Beamten und allen seinen Bürgern gegenüber. Der Bruch gegebener Versprechen, die Vernichtung garantierter Werte untergräbt jede Staatsautorität. Soweit es irgend in seinen Kräften steht, muß der Staat das furchtbare Unrecht wieder gutmachen, das er durch unehrliches Geld und ungerechte Gesetze den Volksgenossen zufügte, die ihm vertrauensvoll ihre Ersparnisse hingaben. Wir verlangen **grundlegende Umgestaltung der Abbauverordnungen, Schutz des Berufsbeamten,** dessen Stellung und Beförderung nicht durch eingeschobene Außenseiter gefährdet werden darf.

Die seit dem Umsturz eingerissene **Korruption ist mit Stumpf und Stiel zu tilgen.** Die Rechtspflege muß unabhängig sein und darf nicht zu Dienern der Politik herabgewürdigt werden.

Tatkräftige Hilfe für die notleidenden alten Soldaten, Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen ist Ehrenpflicht des Staates. Jeder ehrlichen Arbeit und jedem ehrlich erworbenen Eigentum gebührt der staatliche Schutz.

Wir fordern **paritätischen Schutz für die Industrie und die Landwirtschaft,** die aus schwerer Krise gerettet werden muß, um ihre Aufgabe als Grundlage der Volksernährung und stärkster Quell erfüllen zu können. **Schutz dem versinkenden Mittelstande, dem Handwerk und solidem Handel, Schutz der geistigen Arbeit,** die Deutschland großgemacht hat.

Wir treten ein für eine durchgreifende **Vereinfachung,** für wirtschaftlich erträgliche und sozial gerechte Umgestaltung des Steuersystems, für **strengste Sparsamkeit** im Reiche, in den Ländern, insbesondere auch in den Gemeinden, bei denen jede Großmannssucht mit der Armut und Steuerlast des Volkes unvereinbar ist.

Wir erstreben Durchdringung aller Arbeitsverhältnisse und des ganzen Volkslebens mit sozialem Geist. Der Handarbeiter ist für uns gesellschaftlich und politisch vollberechtigter Staatsbürger. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen im Geiste wahrer Arbeitsgemeinschaft zusammenstehen. Arbeitsrecht, Arbeitsschutz auch der Heimarbeit und soziale Versicherung sind in diesem Geiste zu erhalten und so einfach und wirksam wie möglich zu gestalten.

Dem Gedanken der **christlichen Familie** und damit dem hohen Beruf der deutschen Frau und Mutter wollen wir die verlorene Geltung zurückgewinnen. Ein **christliches Schulgesetz** fordern wir, und damit zugleich eine **Erziehung der Jugend, die sie leiblich und seelisch zu gesunden und vaterlandstreuen Menschen heranwachsen läßt.**

Auf all unseren Wegen begegnen wir besonders einem Feind: der dem Christentum abgewandten, international denkenden, sozial entzweienden und wirtschaftlich zerstörenden Sozialdemokratie.

Die Vormacht dieser Partei des Klassenkampfes und der roten Internationale ist in Regierung und Parlament noch nicht gebrochen. In Preußen besteht bis heute noch, geschützt durch die große Koalition, die **sozialdemokratische Mißwirtschaft,** pazifistisch-würdelos nach außen und gewalttätig gegen die rechtlos gemachte vaterländische Bewegung, groß nur in der Zerstörung der althewährten preußischen Verwaltung, unfähig, dem Preußengeist von Zucht und Ordnung, von Dienst und Pflicht gerecht zu werden.

Fort mit Severing, fort mit dem ganzen System, das den Geist von Potsdam unterdrückt und auch nicht den leisesten Hauch des Geistes von Weimar verspürt! **Es gilt der Kampf vor allem der marxistischen Sozialdemokratie, ihren Helfershelfern und Schleppenträgern.**

Eine Vorbedingung aber muß vor allem erfüllt werden, wenn der 7. Dezember der Anfang zu neuem Aufstieg in Deutschland und in Preußen werden soll: **Keine Zersplitterung im nationalen Lager!**

Der Wegweiser, vor dem das deutsche Volk am 7. Dezember im Reich und in Preußen steht, hat nur zwei Arme, der eine zeigt nach rechts, der andere nach links:

Rechts Christentum, Vaterland, gesunde Wirtschaft. —

Links Unglaube, revolutionäre Wirrnis und wirtschaftliche Ruinen!

Links Schwarz-Rot-Gelb — rechts Schwarz-Weiß-Rot!

Wählt deutschnational, das ist Schwarz-Weiß-Rot.

Leinert wird nicht wiedergewählt

Eine außerordentliche Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Hannover beschäftigte sich am Sonnabend mit der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen. Während die bisherige Liste für den Reichstag nicht geändert wurde, ist auf der Landtagsliste Herr Leinert, der bei den letzten Wahlen im Februar 1921 Spitzenkandidat war, gestrichen worden. Bei den letzten Wahlen zum Provinziallandtag war er Spitzenkandidat für Goslar-Zellerfeld.

*

Eigentlich ist es eine Undankbarkeit der Sozialdemokraten, Herrn Leinert nicht wieder aufzustellen. Denn er hat sich um seine Partei entschieden große Verdienste erworben, sonst hätte man ihn nicht zum Präsidenten des preußischen Landtags gemacht. Daß er seinen in langer Parteiarbeit erworbenen Posten als Oberbürgermeister von Hannover nur gegen eine anständige Abfindung von 22 000 Mark Jahrespension aufgeben wollte, können ihm seine Parteigenossen doch eigentlich nicht übelnehmen. Denn, du lieber Gott, wozu hat man denn Revolution gemacht, wenn man nichts davon haben soll. Und alle Sozialdemokraten können doch nicht gut Minister, Oberpräsidenten, Bürgermeister usw. werden, also ist es nur recht und billig, wenn die „verdienstvollen" Führer auch die voll Verdienenden sind.

Aber Leinert hatte seinen Abfindungsvertrag ohne Genehmigung der Partei geschlossen. Und das darf nicht sein, denn Freiheit der Meinung und der Handlung verstößt gegen jedes Prinzip dieser Partei der „Freiheit". Sozialdemokrat sein, heißt zeitlebens einen Ring in der Nase tragen, an dem die Partei dich wie der Stallschweizer den Bullen an der Nase herumführt. Wie konntest du das nur vergessen, Leinert, und wähnen, die Leine, die dir angeboren ist wie dein Name, sei das nette hannoversche Flüschen Leine? Die Parteileine war es, jetzt wirst du es wissen.

Aber tröste dich: die andern Genossen, all diese guten, genasführten sozialdemokratischen Parteiangehörigen, merken die Leine ebensowenig wie du. Bis sie es eines Tages doch merken — genau wie du.

Das deutschnationale Programm.

Der nebenstehende offizielle Wahlaufruf der Deutschnationalen unterscheidet sich sehr wesentlich von dem, was vor kurzem als Programm dieser Partei verkündet wurde und sich inzwischen als eine von der Parteileitung nicht gebilligte, mehr oder weniger persönliche Stellungnahme einzelner Parteiangehöriger herausgestellt hat.

Um die Tatsache dieser Meinungsverschiedenheiten gleich vorwegzunehmen, auf die die Linkskreise, besonders Demokraten und Sozialdemokraten, die Behauptung einer tiefgehenden Spaltung der Partei stützen wollen, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß z. B. bei den englischen Konservativen noch viel grundlegendere Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gruppe des Carltonklubs und führenden Persönlichkeiten wie Baldwin bestehen, ohne daß deshalb auch nur ein verständiger Mensch an Spaltung dächte. Was ein Fehler scheint, ist in Wirklichkeit nur ein Beweis dafür, daß an Stelle des gänzlich undemokratischen unfreiheitlichen und also dem Grundprinzip ihrer ganzen Anschauung widersprechenden Gewissens- und Parteizwanges der Sozialdemokratie innerhalb der Deutschnationalen Partei der Geist freier persönlicher Selbstverantwortung des einzelnen herrscht, d. h. der Geist, der es allein ermöglicht, daß aufrechte, starke Persönlichkeiten und Führernaturen in ihr auftreten und von ihr herausgestellt werden, wie sie die Politik jedes Volkes und ganz besonders eines so bedrängten Volkes, wie das unsre, braucht.

Dem Mangel an kraftvollen, zielbewußten Persönlichkeiten, dem sklavenhaften Gesinnungszwang, den die Revolutionsparteien üben, haben wir ja gerade das Elend der Nachkriegsjahre zum großen Teil zu verdanken. Darum sind Meinungsunterschiede innerhalb der Deutschnationalen Partei nicht eine Schwäche, sondern eine Gewähr dafür, daß mit Eintritt dieser Partei in die Regierung an Stelle des Geistes sklavischer Unterwürfigkeit und persönlicher Verantwortungslosigkeit ein neuer freiheitlicherer Geist in unsere Politik einzieht. Trotz aller Einzelunterschiede verbindet die Deutschnationalen die **Gemeinsamkeit der Grundgesinnung** zu weit festerer Einheit, als es das Fehlen gemeinsamer Grundgesinnung, die bloße Gemeinschaft materieller Interessen bei den Klassenkampfparteien je vermag.

Besonders hervorzuheben aus dem Wahlaufruf **ist die ruhige Sachlichkeit, mit der sich die Partei auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt.**

Da ist zunächst die Frage der Staatsform. Die Partei bekennt sich zur Monarchie, die seit über einem Jahrtausend, ja man kann sagen: seit Menschengedenken die germanisch-deutsche Staatsform ist und bis auf Frankreich, die Vereinigten Staaten und augenblicklich Rußland in allen Großstaaten und den meisten mittleren Staaten der ganzen Welt herrscht, was ja wohl seine guten Gründe haben wird. Aber gleichzeitig stellen sich die Deutschnationalen durchaus auf den Boden der Reichsverfassung, sie erstreben ihr Ziel „auf gesetzlichem Wege". **Von Putsch und Gewaltsamkeit ist keine Rede,** wie die Linksparteien das immer vortäuschen (weil sie selbst mit Putsch und Gewalt ans Ruder gekommen und daher pflichtbewußte Legitimität, echte Verfassungstreue gar nicht kennen und verstehen).

Dieser **Wille zur Legitimität** tritt auch aus den übrigen Forderungen der Deutschnationalen mit überragender Deutlichkeit hervor; er ist geradezu der **Leitgedanke des Wahlaufrufs.**

Da wird **Beseitigung der heutigen Art des Parlamentarismus** verlangt, weil er — und jeder wird das bestätigen — nicht den wirklichen Volkswillen zum Ausdruck bringt, sondern ihn „durch Schiebungen ausschaltet".

Da wird mit vollem Recht verlangt, daß endlich die Reichsverfassung zur Anwendung kommt und der Reichspräsident endlich einmal vom Volke in richtiger sachlicher Wahl gewählt wird, während wir bisher eigentlich selber nicht wissen, wie wir zu ihm gekommen sind.

Da werden die **Dawesgesetze klipp und klar als „bindendes Recht" anerkannt.** Von den Phantastereien, die die Linkskreise in die Welt hinauslügen, als ob die Deutschnationalen am Tage ihres Regierungsantritts den Rachekrieg gegen Frankreich erklären würden, keine Spur.

Sondern ernste, vernünftige, sachlich notwendige Forderungen werden aufgestellt, wirkliche Reformpläne, wie: **Beseitigung der Zerrüttung** der öffentlichen Ordnung, der Finanzen, der Wirtschaft. **Beseitigung des Klassenkampfes, der den Arbeiter auf ewig zum „Proletarier" statt zum vollberechtigten und vollgeachteten Bürger des**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241030019/fragment/page=0001

Staates macht, Beseitigung des Geistes der Verneinung, der Gott und Vaterland, die Heiligkeit der Familie und des Rechtes, der alle Ideale leugnet und den Menschengeist damit zu tierischer Dumpfheit, zum willen- und seelenlosen Werkzeug und Opfer der Materie, der Naturgewalten erniedrigen will.

Dazu die Betonung des Willens zu äußerer Freiheit, den kein Volk, so wenig wie der einzelne, sich rauben lassen darf. Aber ein Wille, der sich der Grenzen seiner Macht durchaus bewußt ist und Schritt für Schritt den Weg ins Freie sucht.

Insgesamt ein Programm, das festen Willen mit kluger Mäßigung und strenger Rechtlichkeit vereint, also ein Programm, wie es ernsten Männern gezient, wie es unser Volk braucht. Kurz: ein echt deutsches Programm. E.

Deutschnationale und Beamtengehälter.

Wie wir aus der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei entnehmen, wurden u. a. folgende Anträge dieser Partei zum Etat des preußischen Innenministeriums gestellt und durchgesetzt:

Nr. 14:

Das Staatsministerium zu ersuchen, im nächsten Haushalt für eine der Bedeutung ihres Amtes entsprechende höhere Einstufung der Landjägerei- und Grenzpolizeibeamten hinzuwirken.

Nr. 15:

Das Staatsministerium zu ersuchen, auf eine möglichst beschleunigte Höhereinstufung der Polizeiexekutivbeamten hinzuwirken und bis zu ihrer Durchführung jedem Beamten eine monatliche Zulage von 20 Mark wegen der erhöhten Kosten des Nacht- und Bereitschaftsdienstes zahlen zu lassen.

Bemerkung: Dieser Antrag ist von dem besonders eingesetzten Unterausschuß zugunsten eines weitergehenden Antrages, der diese Forderung mitenthielt, als erledigt erklärt worden.

Nr. 16:

Das Staatsministerium zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, eine Besserstellung der Kriminalkommissare und Inspektoren herbeizuführen, derart, daß sie unter Berücksichtigung der verschiedenen Rechtsstellung den Offizieren der Schupo angepaßt werden.

Nr. 17:

Das Staatsministerium zu ersuchen, die Kriminalbetriebsassistenten baldigst von Gruppe 4 nach Gruppe 5 einzustufen.

Bemerkung: Zurückgezogen wie bei Nr. 15.

Nr. 18:

Das Staatsministerium zu ersuchen, auf eine Gleichstellung der Polizeiassistenten (frühere blaue Polizei) mit den Assistenten der anderen Verwaltungen und weiter auf Eingruppierung der Polizeikommissare (Reviervorsteher) in Gruppe 9 und 10 hinzuwirken.

Bemerkung: Wie bei Nr. 15.

Nr. 43:

Das Staatsministerium zu ersuchen, daß eine Gleichstellung der verwaltungsmäßig und juristisch vorgebildeten höheren Verwaltungsbeamten mit den technischen Räten der Provinzialbehörden bzw. der Aufrückungsstellen herbeigeführt wird und eine Zurücksetzung der Verwaltungsbeamten dadurch ausgeglichen wird, daß diese zu dem Zeitpunkt in Aufrückungsstellen eingereiht werden, an dem gleichaltrige oder jüngere technische Beamte solche Aufrückungsstellen erhalten.

Urantrag Nr. 7594:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird aufgefordert, mit Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

a) die Pensionsansprüche der Schutzpolizeibeamten nach den Grundsätzen des Beamtenpensionsgesetzes geregelt werden,

b) darüber hinaus die Schutzpolizeibeamten und deren unterhaltungsberechtigte Angehörige bei Unfällen im Dienst, die dauerndes Siechtum oder Tod im Gefolge haben, in ausreichender Weise gesetzlich sichergestellt werden.

Bemerkung: Dieser Antrag ist noch nicht zur Verabschiedung gelangt.

Entschließungsantrag Nr. 8134:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, auf welche Weise das zurzeit bestehende Mißverhältnis in der Eingruppierung der Kreissekretäre einerseits und der Kreisausschußsekretäre andererseits, das eine schwere Benachteiligung der ersteren bedeutet, beseitigt werden kann.

Im Beiwägelchen der Sozialdemokratie.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz protestiert in einem Schreiben an die „B. Z. am Mittag" dagegen, daß er in Hamburg für eine Linksentwicklung der demokratischen Partei eingetreten sei, er habe dort lediglich den Rechtsabmarsch der D. V. P. festgestellt. Herr Bernhard aber ist ehrlich genug, in der „Vossischen Zeitung" (Nr. 510 vom 26. Oktober) zu schreiben, „daß die demokratische Partei durch die Politik der letzten Monate sich wieder zu dem zurückgefunden hat, was einzig und allein ihre große historische Aufgabe sein kann: die bürgerliche Partei der Linken zu sein!" Zurückfinden kann sich nur jemand, der sich verirrt hat. Herr Bernhard will also sagen: Die demokratische Partei hatte sich nach rechts an die Seite der D. V. P. verirrt (aber das ist schon lange her); jetzt fährt sie wieder im Beiwägelchen der Sozialdemokratie. Darin hat Herr Bernhard recht. Ausnahmsweise.

*

Von einer Anzahl Demokraten, die ihrer Partei den Rücken kehrten, wurde eine „Liberale Vereinigung" gegründet, die nicht eine neue Partei sein will, sondern die Pflege des liberalen Gedankens erstrebt. Unter dem Aufruf, der Dienstag erschien, befinden sich folgende Persönlichkeiten: C. F. v. Siemens, Reichsminister a. D. Schiffer, M. d. R. W. R. Hans Krämer, Stadtrat a. D. Bruno Eisenführ, Geh. Regierungsrat Prentzel, Kommerzienrat Gerson-Simon und Rechtsanwalt Zöphel-Leipzig. Die „Liberale Vereinigung will sich am Wahlkampf nicht beteiligen.

Irgendwo las ich:

„Wie ein ehemer Fels steht in jedem sozialdemokratischen Parteibüro der Grundsatz: Die Errungenschaften der Revolution müssen erhalten bleiben! Als ich in München einmal an das schmucke, herzige Diandl, das mir alltäglich mein Essen und Bier brachte, die Frage richtete, ob es wisse, was die „Errungenschaften der Revolution" seien, sagte es nach kurzem Besinnen: „Dös san die, wo nach der Revolution Auto fahre und große G'hälter ham."

Da hab' ich für mich gedacht: wenn doch die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter nur den zehnten Teil von dieser gradlinigen Logik von dem primitiven und doch so rasch erfassenden Verstand dieser Bierbehe hätten!

Das „rote" Haus.

Aus einer Sitzung des Thüringer Landtags in Weimar wird folgender Vorgang jetzt erst bekannt:

Als der Innenminister Dr. Sattler in einem Vergleich zeigte, wie viel Wohnungen in Thüringen in diesem Jahr und wie wenig dagegen zur Zeit der sozialistisch-kommunistischen Herrschaft gebaut worden sind, da rief ihm der Abg. Frölich zu: „Sie vergessen wohl ganz, daß wir eine Inflation hatten?" „Im Gegenteil", antwortete ihm schlagfertig der Minister, „gerade in dieser Zeit hätte von Ihnen fleißig gebaut werden müssen. Ihr Kollege Hartmann, der Finanzminister Ihres Ministeriums, hat diese günstige Zeit zu nützen verstanden und sich mit gutem Grund sein hübsches Häuschen gerade während der Entwertung gebaut!"

Da schwieg Frölich. Der ehemalige Finanzminister Hartmann hat nämlich mit Hilfe der Sozialen Bauhütte nicht nur sehr gut und hübsch, sondern auch recht billig gebaut. Sein Markentwertungshäuschen hat ihm, wie Eingeweihte behaupten, ganze 20 Goldmark gekostet.

Wieviel Wohnungsnot hätte die thüringische Regierung mildern können, hätten die roten Herrscher an ihre Genossen statt an sich selbst gedacht!

Auszahlung der Beamten-Gehälter.

Die Verhandlungen zwischen den Beamtenorganisationen und der Regierung sind nach der Auflösung des Reichstages auf den toten Punkt gelangt. Die Regierung hat angeordnet, daß die Beamtengehälter diesmal anstatt am 31. Oktober bereits am 29. Oktober, also zwei Tage vorher, zur Auszahlung gelangen. Durch diese Maßnahme will man den Beamten entgegenkommen. Die Beamtengewerkschaften erblicken hierin allerdings eine Gefahr für die Reichsfinanzen selbst, da durch die Vorauszahlung des Gehaltes sich die Notwendigkeit ergebe, im November mindestens am 27. die fälligen Gehälter zu zahlen und im Dezember abermals den Termin vorzurücken. Dies würde dazu führen, daß bereits im Januar des kommenden Jahres für die Beamtenschaft eine Vorauszahlung von 5 oder 6 Tagen entsteht, für die eine Deckung unmöglich erscheint, wenn nicht das Reich und die Länder dann etwa zu dem Mittel einer Entschuldungsbeihilfe greifen.

Kroatische Drohungen gegen Serbien.

Der bekannte revolutionäre Führer der kroatischen Bauern, Raditsch, hielt in Agram eine Rede, die sehr bezeichnend für die Spannung in Serbien und im ganzen Balkan ist. Er führte u. a. aus: „Rußland gehört zu uns und wir zu ihm. Wir wünschen eine bäuerliche Regierung, eine Regierung der Mehrheit. Jede andere Regierungsform würde einen Zusammenbruch des südslavischen Volkes zur Folge haben, wie ihn der Balkan noch nicht gesehen hat. Alles würde zusammenstürzen, nur Kroatien nicht, das seine Söhne sammeln und sich von den Serben befreien werde. Wenn der König jetzt eine Regierung einsetzen wollte, dann werden wir unsere vollkommene staatliche Selbständigkeit erobern. Die Sowjetregierung hat mir durch Tschitscherin ihre Hilfe zugesagt, wenn wir von den Serben bedroht werden sollten. Wir können also den Belgrader Herrschaften sagen: Verfolgt uns soviel Ihr wollt, wir werden uns wehren, soviel wir Kraft haben.

Wir wollen alles tun, um mit dem serbischen Volke zu einer Verständigung zu gelangen. Wir hoffen, daß aus dieser Verständigung der Kroaten und Serben ein Bauernstaat hervorgehen wird, in dem auch das bäuerliche Kroatien selbständig sein wird. Wenn es zu einer Konzentration aller Parteien mit Ausschluß der Pasitsch-Pribitschiwitsch-Partei kommt, kann die Monarchie gerettet werden. Wenn dies aber nicht geschieht, dann werden wohl das serbische Volk einerseits und das kroatische und slovenische Volk anderseits bleiben, aber die Monarchie wird zugrunde gehen."

3 Mk. 37 Pfg.

kostet ein selbstgebackener

Korinthen-Kuchen

nach folgendem

Oetker-Rezept:

500 g Weizenmehl	ca. M.	0,24 x)
250 g Korinthen	ca. „	0,50
50 g Zitronat (Sukkade)	ca. „	0,40
100 g Rosinen	ca. „	0,25
250 g Margarine à Pfd. ca 0,90	„	0,45
200 g Zucker à Pfd. ca 0,45	„	0,18
5 Eier St. ca. 0.19	„	1,14
1 Tasse Milch	ca. „	0 08
2 Teelöffel voll Zimt	ca. „	0,05
1 Päckchen Dr. Oetker's „Backin"	„	0,08
	M.	3,37

Zubereitung. Die Butter rühre schaumig, gib Zucker, Eigelb, Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, Milch hinzu und zuletzt die Korinthen, Zitronat, Rosinen, Zimt und den Eierschnee. Fülle die Masse in die gefettete Form und backe den Kuchen in etwa 1½ Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Nährmittelfabrik, Bielefeld

x) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

„Französische Küche."

Hier und da ein wenig Bosheit, das ist für den Alltag und Feiertag, wie das Gewürz an der Suppe oder an der Gänseleberpastete. So stelle ich denn also folgendes fest:

In Paris fand soeben ein großer Wettbewerb für Meister der in der ganzen Welt gerühmten „französischen Küche" statt. Der ebenso weltbekannte französische Politiker und Minister Lucien Klotz höchstselbst beehrte den feierlichen Akt mit seiner Gegenwart und Ansprache. Die Preise wurden verteilt, die zwei ersten Preisträger dem begeisterten Publikum in allen Zeitungen im Bilde vorgeführt (so wichtig ist dem Franzosen seine „französische Küche" und ihr Weltruhm) — und siehe da: **die beiden Könige der Pariser Kochkunst heißen . . . .: Herr Schmitt und Herr Schweicker!**

Es gehört wohl keine große Kenntnis der französischen Namen und Sprache dazu, um zu erraten, daß diese beiden Namen und also wohl auch ihre Träger oder doch deren Vorfahren — deutsch sind! Deutsch, scheußlich deutsch, empörend deutsch, geradezu „boche".

Das Feinste, das Beste, das Preiswürdigste der modernen „französischen" Küche ist deutsch! Armes, tief bedauernswertes französisches Volk, daß selbst das, was neben den „französischen" Moden und einigem anderen den größten Trumpf deiner gerühmten „culture" darstellt, deutschen Ursprungs ist!

Was soll diese „lächerliche" Kleinigkeit hier im ernsten, steifleinen Teil für Politik, und gar an besonderer Stelle?

Ja, mein liebes deutsches Publikum, wenn du erst einmal verstehst, **wieviel Politik in dem Weltgeschwätz von „französischer" Küche, „französischen" Moden, „französischer" Kultur steckt,** und weshalb der große „französische" Politiker Lucien Klotz (der Name Klotz kommt mir so merkwürdig bekannt, genau so gut deutsch vor wie die Redensart vom „Klotz am Bein"), weshalb er diese Preisveranstaltung mit seiner Mitwirkung beehrte: dann, mein liebes deutsches Publikum, wirst du selbst ein gut Stück weiter entfernt von der politischen Weltfremdheit der Deutschen und auf dem besten Wege sein, endlich ein wirklich politisches Volk zu werden.

Denn es ist nun einmal so in dieser Welt der Narrheiten: die großen Dinge und Gedanken allein machen es nicht und in der Weltküche der Politik ist es genau wie im Königreich unserer Hausfrau, der Küche: der größte und schönste Kalbsbraten und **die größte und beste Politik schmecken nicht, wenn die kleinen Zutaten und die geschickte Zurichtung fehlen.** Haben wir das erst gelernt, dann gewinnen wir wie die Franzosen die Sympathien der Welt mit unserer „deutschen Küche" und werden die Preisträger der Weltpolitik. E.

Mutter des Lebens.

Roman von **Grete Friedrich.**

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich," stammelte die Gute fast ängstlich, „ich bin sprachlos. Er kennt dich ja wie — seine Hosentasche. Ihr habt euch eben gesucht und gefunden," stellte Tante Dorette sehr befriedigt fest. Und „Gott sei Dank" fügte sie aufatmend hinzu. Sichtbar erleichtert, daß ihre törichten Zweifel sich so schnell verflüchteten, trank sie, nun erst in aller Zufriedenheit, mit ihren Kindern den Tee.

*

Am anderen Morgen war Ulla Greif da. Gerlinde hatte ihr am Abend, wie es zwischen ihnen ausgemacht war, noch Nachricht geschickt von Adelrunes Ankunft.

Ulla kam schon in aller Frühe mit Herzklopfen von dem schnellen Gang durch die kalte Morgenluft.

„Ich will Adelrune holen," stieß sie atemlos hervor.

„Ja," sagte Gerlinde innig. „Sie weiß doch gar nicht, daß sie urplötzlich bei uns bleiben sollte."

„Ich fürchte mich so," weinte Ulla auf.

„Ich habe Adelrune schon vorbereitet," tröstete Gerlinde. „Ich lasse dich mit ihr allein. Wenn sie durchaus nicht fort will, darf Wölfchen mitkommen."

Ulla saß in Gerlindes Zimmer und wartete zitternd auf ihres Kindes Schritte. Heute erst wird mir Adelrune geschenkt, flüsterte sie vor sich hin. Andacht durchwebte sie. Heute will ich mein Kind — bisher lebte es nur.

Und seit wann hätte die Sprache einer Mutter nicht zu des Kindes Herzen gefühlt? Adelrune sah zuerst wie im Schreck in der Mutter flehentliche Augen, aber sie schmiegte sich sogleich in den ausgestreckten Arm.

„Mutti —?" Wie eine große verfüllte Frage traf dieses kleine Wort Ullas Seele. Es enthielt alle ihre Schuld und alle ihre Seligkeit.

Ulla begann fassungslos zu weinen. Und Adelrune hatte viel zu tun, mit ihrem Taschentüchlein die stürzenden Muttertränen wegzuwischen.

„Liebe Mutti," tröstete und überredete sie, „sei doch nicht traurig. Ich habe dich bestimmt lieb, wenn du nicht mit dem neuen Vati wegfährst . . ."

Eine Drohung also — und wie zart umkleidet. Ulla lächelte. g

„Ich bleibe nun immer bei dir, mein Liebling!" Heilig ernst sprach es Ulla und küßte ihres Kindes Stirn.

Die Gewißheit einer unlöslichen Zusammengehörigkeit zwischen Mutter und Kind war erblüht als ein wundersames Leben.

Mit kleinen tapferen Schritten ging Adelrune neben der Mutter, und ihr Kinderhändchen lag in der Mutterhand. Ihre tiefsternigen Blauaugen leuchteten ihr neues Geheimnis zu Gerlinde herauf, mit einem einzigen aufgeschlossenen Blicke.

Ulla hatte ihren Weg begonnen. Die ersten Schritte ging sie zaghaft an der Hand der Freundin.

Eines Tages aber kam sie am späten Abend zu Gerlinde und fiel ihr im Haustlur heftig um den Hals.

Ihr ganzes Wesen dehnte sich, als wäre es entfesselt.

„Wir haben uns getrennt, Magnus und ich — in der Ueberzeugung, daß ich jetzt allein sein muß. Ich kann mich nicht mehr von ihm nehmen lassen, ich muß erst ich selbst werden."

„Hast du das gewagt, Ulla?" fragte Gerlinde überwältigt.

„Ja!" schrie sie hinaus. „Ja, ich habe es gewagt!"

„Und?" fragte Gerlinde tastend. „Er?"

„Er will es auch so. Er sah mich an mit einem langen, rätselhaften Blicke und sagte dann: „Ja, Ulla!" Nun liebe ich ihn. Vorher begehrte ich ihn nur."

Sie lehnte sich totenblaß an die Wand, die Nervenanspannung war ungeheuer gewesen.

*

An dem Tage, wo alle bunte Herbstschönheit in Regenschauern unterging, kam Dr. Witt. Er traf nur Arnulf an; Gerlinde wäre auf kurze Zeit zu einer Kranken gerufen worden.

Die beiden Männer waren also gleich bei dem Thema, das sie verband.

„Ja, es stimmt," stellte Heinrich Witt fest, „sie ist unglaublich rege. Ich verstehe nicht, wie sie bei dieser Inanspruchnahme auch noch Feierstunden für sich heraus holt. Ich schaffe das nicht, ich arbeite fast ohne Unterbrechung."

„Ich glaube," freute sich Arnulf als der Kundigere, „einfach, weil Gerlinde sich ein Gefühl für Rhythmus ganz stark bewahrt hat. Sie lebt, lebendig wie die Natur —: Kampf und Ruhe im harmonischen Wechsel!"

Heinrich Witt, betroffen, erhellt, ging auf ein Ziel los. Arnulf spürte es.

„Ja —," sagte der junge Arzt plötzlich, als ahne er schon Gerlindes herankommende Schritte, „es muß doch einmal zwischen uns ausgesprochen werden, Stein — ich, nun, ich gönne Ihnen die Gerlinde!"

Seine scharfen Augen blickten grade, ehrlich in Arnulfs Gesicht — menschlich liebenswert erschien er in seiner schönen Ueberwindung.

„Doktor!" rief Arnulf ergriffen.

„Also sind wir Freunde, Stein!" Zwei feste Hände schlugen ineinander.

Gerlinde sah es und trat schnell hinzu. Sie küßte erst Heinrich Witt und dann Arnulf in jäher Freude auf den Mund.

Beide Männer starrten sich fassungslos an.

„Sehen Sie," triumphierte Heinrich Witt, „ja, ja, Stein, das ist selbst Ihnen neu!"

Gerlinde brachte Kaffee. Als es anfing zu dämmern, deutete Gerlinde mit der Hand durch Arnulfs Blumensenster hinaus.

„Nun liegt in grauen Wolken
Das bald verlöschte Jahr,
Das gestern noch, ach gestern,
Der bunte Sommer war . . ."

Es kam ihr leise von den Lippen aus der Seele, fast unmerklich geformt.

„Eine Dichterin bist du zum Ueberfluß auch noch, Gerlinde!" staunte Heinrich Witt. Er saß auf Arnulfs schmalen Ruhebett und drehte an dem Globus, strahlend ob seiner Entdeckung.

Arnulf lächelte sein. „Gerlindes Vater war der Dichter Schall. Kennen Sie seine Werke, Doktor? Es sind Bücher der Lebensweisheit und deutschen Tiefgründigkeit, wie selten welche."

Heinrich Witt bat sofort um ein Buch und Gerlinde brachte es ihm. Sie war eben dabei, den Gedanken des Vaters aufzuzeigen, da kam Wölfchen herein mit seinem besinnlichen Blick und reichte dem Vater ein Blatt. „Das habe ich geträumt in dieser Nacht," flüsterte er.

Er kam zu Gerlinde und schmiegte sich an sie. Heinrich Witt legte das Buch zur Seite und forschte in Wölfchens Gesicht.

„Es war wohl ein schöner Traum?" fragte Gerlinde vorsichtig.

„Er war nicht schön," flüsterte Wölfchen, die Wangen glühend.

Seine Augen blickten zu der Mutter auf, und in ihnen lag noch ein Wissen von etwas Grauenvollem.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241030019/fragment/page=0002